

**Geschäftsführung
Rechnungsprüfungsausschuss**

Es informiert Sie	Klaus Gehrman
Telefon	+49 202 563 6248
Fax	+49 202 563 8031
E-Mail	Klaus.Gehrman@stadt.wuppertal.de
Datum	23.12.21

Niederschrift

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses
(SI/0058/21) am 15.12.2021**

Anwesend sind:

von der SPD

Herr Johannes van Bebber, Herr Simon Geiß, Herr Guido Grüning, Herr Ulrich Lonn, Herr Ioannis Stergiopoulos (für Herrn Heiko Meins)

von der CDU

Frau Barbara Becker, Herr Heinrich-Günter Bieringer, Herr Patric Mertins (für Herrn Thomas Hahnel-Müller), Herr Christian Schmidt

von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus Lüdemann (für Frau Suzanne Kettig), Herr Sascha Schäfner, Herr Timo Schmidt (für Frau Marta Ulusoy)

von der FDP

Herr Gérard Ulsmann (für Frau Patricia Knauf-Varnhorst)

von DIE LINKE

Frau Claudia Radtke,

von der AfD

Herr Martin Liedtke-Bentlage,

von den Freien Wählern/WfW

Herr Ralf Geisendörfer,

von der Verwaltung

Herr Stadtdirektor Dr. Johannes Slawig, vom Büro des Oberbürgermeisters Frau Almuth Salentijn, vom Haupt- und Personalamt Herr Michael Telian, von der Kämmerei Herr Gerd-Uwe Wolf, vom Rechnungsprüfungsamt Frau Martina Schmidt, Herr Wolfgang Möllers, Herr Frank Noetzel, Frau Monika Eickhoff

Nicht anwesend sind:

Von der SPD Fraktion Herr Heiko Meins, von der CDU Fraktion Herr Thomas Hahnel-Müller, von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Suzanne Kettig und Frau Marta Ulusoy, von der FDP Fraktion Frau Patricia Knauf-Varnhorst, von der Ratsgruppe DIE PARTEI Frau Karin Schmitz, von der Verwaltung Herr Oberbürgermeister Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Herr Beigeordneter Dr. Stefan Kühn, Herr Beigeordneter Arno Minas, Herr Beigeordneter Matthias Nocke, Herr Beigeordneter Frank Meyer, von der Kämmerei Herr Norbert Dölle, vom Rechnungsprüfungsamt Frau Schubert

Schriftführer:

Klaus Gehrman

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 16:45 Uhr

Nach Begrüßung der Sitzungsteilnehmer durch den Vorsitzenden **Herrn Liedtke-Bentlage** und vor Eintritt in die Tagesordnung möchte **Herr van Bebber** geklärt wissen, warum die Sitzung trotz der besonderen Pandemiesituation stattfindet.

Herr Dr. Slawig bestätigt, dass im Ältestenrat vereinbart worden ist, dass Sitzungen nur dann in Präsenz stattfinden sollen, wenn Entscheidungen getroffen werden müssen. Dies trifft auf den Tagesordnungspunkt 2 zu, da in der heutigen Sitzung unter diesem TOP Verabredungen bzw. Entscheidungen bezüglich der Gestaltung des Auswahlverfahrens getroffen werden müssen. Diese Verabredungen sind wichtig, damit das weitere Verfahren durchgeführt werden kann. Herr Dr. Slawig bittet bereits im Vorfeld darum, dass dieser TOP ohne Anwesenheit der Mitarbeiter des Rechnungsprüfungsamtes besprochen wird.

I. Öffentlicher Teil

1 Haushaltsplan 2022/2023 Vorlage: VO/1464/21

Herr Liedtke-Bentlage erläutert, dass die vorliegende Vorlage vom Rechnungsprüfungsausschuss so nicht beschlossen werden kann, bzw. dies nicht vorgesehen ist. Es geht lediglich um die Kenntnisnahme, dass der Haushaltsplan 2022/2023 in die Gremien eingebracht werden soll, um dort entsprechend beraten werden zu können. Auch der Rechnungsprüfungsausschuss sollte sich sachlich mit dem Haushaltsplan auseinandersetzen. Herr Liedtke-Bentlage stellt fest, dass zu diesem Tagesordnungspunkt kein Beschluss zu fassen ist, sondern der Haushaltsplan ohne Beschluss entgegengenommen wird.

Frau Becker bestätigt, dass mit dieser Vorlage die bevorstehende Entscheidung des Rates, den Entwurf des Haushaltsplanes zur Beratung in die Bezirksvertretungen und in die Fachausschüsse überzuleiten, vorbereitet werden soll. Es erscheint ihr ungewöhnlich, dass die Vorlage zunächst nur an den Rat der Stadt Wuppertal und nicht an die Gremien gerichtet ist, sieht es aber nicht als hinderlich und schlägt deshalb vor, die Vorlage nicht von der Tagesordnung zu nehmen.

Herr van Bebber stellt fest, dass es sich um eine Einbringung / Kenntnisnahme und nicht um eine Beschlussvorlage handelt, die mit der Entgegennahme abgeschlossen werden könnte.

Herr Lüdemann hat aktuelle Fragen zu einem Thema, zu dem Herr Dr. Slawig im Finanzausschuss berichtet hat. Dabei geht es um das sogenannte Stromscheibenmodell zwischen den Wuppertaler Stadtwerken (WSW) und dem Gebäudemanagement der Stadt Wuppertal (GMW). Durch dieses Modell entfiel die Zahlung der EEG-Umlage (Umlage nach dem „Erneuerbare-Energie-Gesetz“). Herr Lüdemann möchte wissen, ob und wie sich die nun fällige Nachzahlung der EEG-Umlage auch auf den Haushalt auswirkt und das RPA von dem Geschäft zwischen WSW und GMW Kenntnis hat. Außerdem möchte er wissen, ob das Geschäft auch nach Schließung des Heizkraftwerkes Elberfeld fortgeführt worden ist. Soweit Herr Lüdemann informiert ist, handelte es sich ursprünglich um ein Geschäft, bei dem sogar Anteile der Stromerzeugung des Heizkraftwerkes Elberfeld an das GMW verpachtet worden sind.

Herr Dr. Slawig antwortet, dass die beklagten WSW Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesgerichtshof (BGH) erheben werden, um die Rechtskraft des Urteiles zu vermeiden und letztlich zu erreichen, dass der BGH im nächsten Jahr über die Nichtzulassung entscheiden wird und je nach Ergebnis der Entscheidung des BGH dann das Verfahren möglicherweise weitergeführt würde. Insofern befindet man sich derzeit in einem Verfahren ohne Rechtskraft des Urteils des Oberlandesgerichtes (OLG) Düsseldorf. Für den Fall, dass dieses Urteil des OLG bestätigt wird und damit dieser Scheibenpachtvertrag rechtswidrig ist, würde dann die EEG-Umlage in Höhe eines mittleren einstelligen

Millionenbetrages nachgezahlt werden müssen. Der Bericht des Spiegels, dass es sich um einen Betrag von 17 Millionen Euro handeln soll, trifft nicht zu. Die WSW müsste einen mittleren einstelligen Millionenbetrag an EEG-Umlage nachentrichten. Die Verträge zwischen WSW und Kunden, zu denen nicht nur das GMW, sondern auch private Unternehmen gehören, sehen vor, dass eine mögliche Nachzahlung an diese Kunden weiterberechnet wird. Dies bedeutet, dass die WSW den Anteil, der auf das GMW entfällt, vom GMW und damit letztendlich von der Stadt Wuppertal nachfordern werden, weil ja das GMW wiederum die Betriebskosten an die Stadtverwaltung als Mieter weiterverrechnet. Für den Fall, dass das Urteil rechtskräftig wird, ist die EEG-Umlage nachzuzahlen und diese Nachzahlung trifft dann den städtischen Haushalt. Es wird zurzeit geprüft, ob aus dem Haushaltsplan 2021 eine Rückstellung gebildet werden kann bzw. muss, damit nicht der nächste Haushaltsplan belastet wird.

Herr Lüdemann wiederholt seine Frage, ob das RPA von dem Geschäft zwischen der WSW und GMW gewusst hat?

Frau Schmidt verneint dies und Herr Lüdemann möchte wissen, warum das RPA keine Kenntnis erlangt hat.

Frau Schmidt antwortet, dass dies schwierig zu beurteilen ist, wenn man von dem Vorgang insgesamt keine Kenntnis hat.

Herr Lüdemann geht davon aus, dass Geschäfte der Stadt, oder von städtischen Töchtern, bei denen es um mehrere Millionen Euro geht, vom RPA geprüft werden.

Frau Schmidt antwortet, dass dies nicht grundsätzlich so ist. Man hat sehr wohl die Möglichkeit, die Beteiligungssteuerung zu prüfen, aber nicht in der selben Form die Gesellschaften. Frau Schmidt kann nicht beurteilen, ob dieser Vorgang dem RPA hätte zugänglich gemacht werden müssen.

Die Vorlage wird ohne Beschluss entgegengenommen.

2

Auswahlverfahren zur Besetzung der Stelle der Leitung des Rechnungsprüfungsamtes
Vorlage: VO/1663/21

Der Vorsitzende, Herr Liedtke-Bentlage, entspricht der Bitte von Herrn Dr. Slawig (Minute 11 der Sitzung) und bittet nunmehr die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des RPA den Raum für die Dauer der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt zu verlassen.

Die Ergebnisse der Beratung werden von Herr Telian, Leiter des Haupt- und Personalamtes, entsprechend dokumentiert.

Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses:

Die Beschlussvorlage wird mit den besprochenen Änderungen und Ergänzungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

3

Verschiedenes

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechnungsprüfungsamtes werden in den Sitzungsraum gebeten und nehmen wieder an der Sitzung teil.

Herr Geisendörfer erkundigt sich nach dem Sachstand bezüglich der im Rechnungsprüfungsausschuss vom 10.11.21 zu TOP 4 „Große Anfrage Utopiastadt“, erbetenen Unterlagen (Auflistung aller geprüften Ausgabepositionen und ausführlichere Informationen zum Brandschutz).

Herr Gehrmann berichtet, dass Herr Minas am Vortag telefonisch zugesichert hat, die angefragten Unterlagen nunmehr aufzubereiten und dem Ausschuss zeitnah zur Verfügung stellen zu wollen. Die Prüfung der datenschutzrechtlichen Bedenken bzgl. der Herausgabe der Auflistung aller geprüften Ausgabepositionen durch das Rechtsamt und dem Ressort für Vergabewesen, Digitalisierungsrecht und Datenschutz ist abgeschlossen. Auch sollen verschriftliche Informationen zum Brandschutz zur Verfügung gestellt werden.

Martin Liedtke-Bentlage
Vorsitzender

Klaus Gehrman
Schriftführer